

Die Medienberichterstattung über 'Soziale Devianz' im Kontext des Sozialstaats: ein Werkstattbericht

Lamnek, Siegfried; Merz, Daniela

Veröffentlichungsversion / Published Version
Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Lamnek, S., & Merz, D. (1999). Die Medienberichterstattung über 'Soziale Devianz' im Kontext des Sozialstaats: ein Werkstattbericht. *Sozialwissenschaften und Berufspraxis*, 22(2), 157-176. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-37021>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Die Medienberichterstattung über „Soziale Devianz“ im Kontext des Sozialstaats – ein Werkstattbericht

Siegfried Lamnek/Daniela Merz

1 Einleitende Bemerkungen

Der vorliegende Werkstattbericht ist das Ergebnis einer Medienanalyse zum Thema „Soziale Devianz“. Gegenstand der Untersuchung ist die Berichterstattung dreier Printmedien (DER SPIEGEL, DIE ZEIT, Süddeutsche Zeitung) über sozialdeviante Verhaltensweisen im Kontext des Wohlfahrts- und Sozialstaats als gesellschaftlichem Hintergrund. Damit wird ein komplexes Handlungsfeld angesprochen, das in letzter Zeit vermehrt Eingang in die öffentliche Diskussion gefunden hat; dies vor allem im Zusammenhang mit der Debatte um die Leistungsfähigkeit des Systems sozialstaatlicher Sicherungen, dessen Bestand durch den massenhaften Missbrauch in Gefahr gesehen wird. Auf der Basis inhaltsanalytisch gewonnener Daten wurde im Rahmen der vorliegenden Medienanalyse untersucht, wie und in welchem Umfang die untersuchten Medien über „soziale Devianz“ sowie über den „Sozialstaat“ berichten.

Der Begriff „soziale Devianz“ steht dabei für Verhaltensweisen, durch die das soziale System zu Unrecht in Anspruch genommen bzw. ausgenutzt und missbraucht wird, um materielle Vorteile zu erlangen. Hauptsächlich handelt es sich dabei um den Missbrauch sozialstaatlicher Leistungen wie Arbeitslosengeld bzw. -hilfe, Sozialhilfe, Wohngeld, Kindergeld, Bafög etc., um die Ausübung bzw. die Inanspruchnahme von Schwarzarbeit, aber auch um „Krankfeiern“ oder „Blaumachen“ sowie die Hinterziehung von Steuern und Abgaben. Damit ist zwar die Liste möglicher sozialdevianter Verhaltensweisen keineswegs erschöpft, dies sind jedoch diejenigen Verhaltensweisen, die im Rahmen der vorliegenden Medienanalyse näher untersucht wurden. Zum Teil wird „soziale Devianz“ auch als „Sozialkriminalität“ bezeichnet. So gebraucht Bruns (1993) diesen Begriff in Analogie zum Begriff „Wirtschaftskriminalität“ und definiert „Sozialkriminalität“ als „rechtswidriger Verstoß gegen die Sozialfürsorge- und Sozialversicherungsbestimmungen“ (1993, S. 14).

Der vorliegende Werkstattbericht ist bewusst deskriptiv angelegt und hält sich hinsichtlich weitergehender Interpretationen daher auch zurück.

2 Zur Rolle der Medien

Aufgabe der Massenmedien ist es, „so vollständig, sachlich und verständlich wie möglich (zu) informieren, damit die Staatsbürger in der Lage sind, mit kritischem Bewusstsein das öffentliche Geschehen zu verfolgen. Mit ihren Informationen sollen die Massenmedien dafür sorgen, dass der Einzelne seine Interessenlage erkennt, die demokratische Verfassungsordnung begreift, ökonomische, ökologische, soziale und politische Zusammenhänge versteht und über die Absichten und Handlungen aller am politischen Prozess Beteiligten so unterrichtet ist, dass er selbst aktiv daran teilnehmen kann als Wähler, Mitglied einer Partei oder auch einer Bürgerinitiative“ (Meyn 1996, S. 25 f.). Indem die Medien durch mehrfache Informationsselektions- und Informationsreduktionsprozesse aus der Fülle alltäglicher Ereignisse und Vorkommnisse diejenigen auswählen, über die sie berichten, werden diese zu Nachrichten und gelangen in die öffentliche Diskussion (Agenda-Setting). Da die Medien nur über ausgewählte Ereignisse berichten, setzen sie „durch die intensive Berichterstattung einiger und die Vernachlässigung anderer Themen eine Tagesordnung der Themen (...), die vom Rezipienten übernommen werden. Der Rezipient findet also ein Thema umso wichtiger, je häufiger es in den Medien behandelt wird“ (Brosius 1997, S. 20). Agenda-Setting-Prozesse wirken allerdings nicht isoliert, sondern werden durch eine Vielzahl von Randbedingungen überlagert bzw. beeinflusst (vgl. Schenk/Rössler 1994, S. 264). Dabei sind individuelle Orientierungen und Bedürfnisse der Rezipienten ebenso zu berücksichtigen wie interpersonale Kontextfaktoren (z. B. interpersonale Kommunikation).

Ein weiterer wichtiger Faktor in der Medienberichterstattung ist der Grad der Themenaufdringlichkeit („obtrusiveness“). „Je mehr die Nutzer bereits direkte Erfahrungen mit einem Thema einbringen können (i. e. hohe Themenaufdringlichkeit), umso schwächer fällt der Medieneffekt aus, da unabhängig vom Medienkontakt Vorstellungen über ein Thema bereits vorhanden sind“ (Schenk/Rössler 1994, S. 264). Durch die Selektion von Nachrichten geben Medien die Inhalte des öffentlichen Diskurses vor, aufbereitet durch Hinweise, wie der Gegenstand gesehen und bewertet werden kann bzw. muss. Es bilden sich auf diese Weise dominante Meinungsströme heraus, die die gesellschaftliche Bewertung einzelner Sachverhalte beeinflussen.

Nach dem theoretischen Modell der Nachrichtenselektion durch die Medien, das „Gatekeeper-Modell“, „sind die medial verbreiteten Nachrichten das Produkt eines Auswahl- und Interpretationsprozesses, der in jedem Medium relativ stabil vorgegebenen Prinzipien unterworfen ist“ (Hunziker 1988, S. 58). Das Gatekeeper-Modell „faßt die Redaktion als eine Art ‚Kanalsystem‘ auf, durch das die Kommunikationsinhalte fließen, wobei sie in den verschiedenen Phasen des Durchlaufs ‚gefiltert‘ bzw. transformiert werden. An den Schaltstellen dieses Kanalsystems sitzen die ‚Gatekeepers‘, die darüber entscheiden, welche Inhalte in welcher Form weiterfließen dürfen“ (Hunziker 1988, S. 39).

Bis also ein bestimmtes Thema in den Medien auftaucht, finden vielfache Selektionsprozesse statt, an denen verschiedene Instanzen beteiligt sind.

3 Die analysierten Medien

Im Rahmen der hier vorgestellten Medienanalyse wurden drei Printmedien untersucht, die Süddeutsche Zeitung als Tageszeitung, DIE ZEIT als Wochenzeitung sowie DER SPIEGEL als Wochenzeitschrift. Ausschlaggebend für diese Auswahl war vor allem, dass diese drei Medien als CD-Rom-Ausgaben zu einem günstigen Preis verfügbar waren. Zunächst folgt nun eine nähere Beschreibung der drei Medien, die Informationen über deren wichtigste Charakteristika liefern soll.

DIE ZEIT

DIE ZEIT fällt in die Kategorie „Wochenzeitung“ und bezeichnet sich selbst als „liberale“ Zeitung. „Das Blatt verfolgt (...) ganz bewußt keine bestimmte politische Linie im Sinne einer Partei. Vielmehr veröffentlicht es, vor allem im politischen Teil, zu besonders umstrittenen Themen unterschiedliche Standpunkte. In anderen Ressorts dagegen ist das Meinungsspektrum enger“ (Meyn 1996, S. 82). DIE ZEIT verkauft wöchentlich 455.000 Exemplare. Nach den Ergebnissen der AG Media-Analyse für das Jahr 1997 wird sie von 2,2 % der Gesamtbevölkerung gelesen. Das sind insgesamt 1,41 Mio. Leserinnen und Leser. 54 % davon sind männlich, 40 % zwischen 14 und 39 Jahre alt, 64 % haben Abitur, 42 % einen Studienabschluss.

DER SPIEGEL

„Der Spiegel ist Deutschlands bedeutendstes und Europas größtes Nachrichten-Magazin. Er ist politisch unabhängig, niemandem verpflichtet und steht keiner Partei oder wirtschaftlichen Gruppierung nahe“ (<http://media.spiegel.de>). Wöchentlich werden über 1 Million Exemplare des SPIEGEL verkauft. Das Nachrichten-Magazin zeichnet sich dadurch aus, „daß es die Kritik- und Kontrollfunktion der Presse ernst nehme, über die Tagespresse weit hinausreichende Informationen bringe, unpopuläre Themen aufgreife, unabhängig sei“ (Meyn 1996, S. 84). DER SPIEGEL bemüht sich darum, „alle Nachrichten zu Geschichten zu verarbeiten, nach Möglichkeit den Menschen in den Mittelpunkt der Handlung zu stellen. Er hat sich zur Aufgabe gemacht, die ‚Kehrseite der Medaille‘ zu zeigen“ (Meyn 1996, S. 83). Aus seinem Selbstverständnis als Nachrichten-Magazin ergibt sich, „dass der Spiegel Meldungen und Meinungen, Fakten und Wertungen vermischt“ (Meyn 1996, S. 83). Vorwürfe, die gelegentlich gegen den Spiegel vorgebracht werden, reichen vom „Skandalblatt“ bis hin zum „Kampfblatt der Aufklärung“. DER SPIEGEL „kritisiere immer nur, informiere einseitig, verwende die Technik der Andeu-

tung zwischen den Zeilen als Hauptmittel der Charakterisierung von Personen“ (Meyn 1996, S. 83).

Die Süddeutsche Zeitung

Die Süddeutsche Zeitung zählt zu den führenden deutschen überregionalen Tageszeitungen. Täglich werden durchschnittlich 412.402 Exemplare (Mo-Sa, 3. Quartal '97) verkauft. Nach den Untersuchungen der AG Media Analyse für 1997 erreicht sie damit 1,23 Mio. Leserinnen und Leser (vgl. CD-Rom der Süddeutschen Zeitung 1997). Die Süddeutsche Zeitung zeichnet sich vor allem durch eine breiten überregionalen Nachrichten- und Meinungsteil aus, der ergänzt wird durch eine umfangreiche Bayern-Berichterstattung. Die allgemeine Linie der Süddeutschen Zeitung ist in ihrem Redaktionsstatut festgeschrieben: „Sie verteidigt und erstrebt freiheitliche, demokratische Gesellschaftsformen nach liberalen und sozialen Grundsätzen“ (zit. n. Meyn 1996, S. 77). Gelobt wird im Allgemeinen „ihre journalistische Brillanz (vor allem in der Titelseiten- Glosse ‚Streiflicht‘ und in Reportagen) sowie ihre Angriffe gegen alle Versuche, die rechtsstaatliche Ordnung zu unterhöhlen“ (Meyn 1996, S. 77).

Es ist zu erwarten, dass sich diese unterschiedlichen Merkmale der drei Medien auch in der Analyse niederschlagen.

4 Methodische Vorgehensweise

Für die Untersuchung der Berichterstattung der Printmedien über „Soziale Devianz“ im Kontext des Sozialstaats wurden die CD-Rom-Ausgaben der drei analysierten Medien (DIE ZEIT, DER SPIEGEL, Süddeutsche Zeitung) herangezogen. Der Rückgriff auf CD-Rom-Ausgaben bot den Vorteil, dass diese bereits über Suchfunktionen verfügen. Dadurch kann mit relativ geringem Aufwand gezielt nach Artikeln gesucht werden, die bestimmte Begriffe beinhalten. Die Medienanalyse erstreckt sich auf jeweils alle Ausgaben des Jahrgangs 1997. Für die Suche nach den für unseren Gegenstand relevanten Artikeln wurden Suchbegriffe bzw. Suchbegriffskombinationen verwendet, mit denen sich die Beiträge zu den Themen „Schwarzarbeit“ (Ausübung/Inanspruchnahme), „Blau-machen“ bzw. „Krankfeiern“, „Sozialleistungsmissbrauch“, „Steuerhinterziehung“ sowie „Sozialstaat“ ausfindig machen ließen.

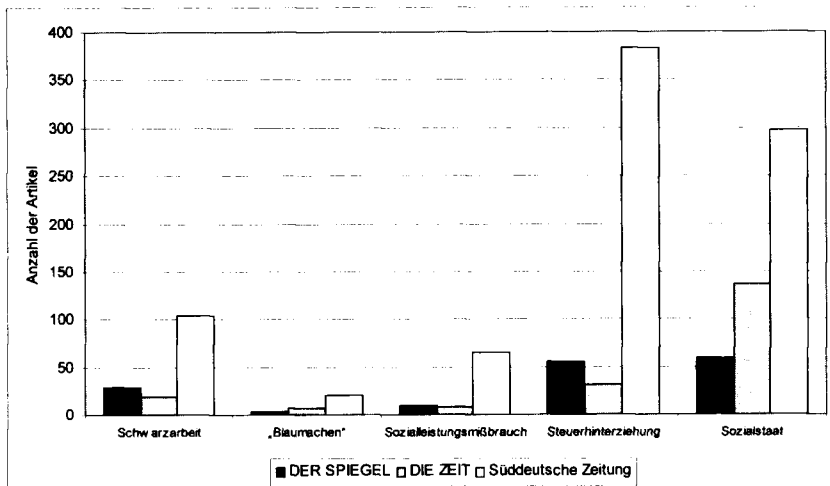
5 Häufigkeit der Berichterstattung über die Untersuchungsthemen

1997 erschienen insgesamt 53 Ausgaben der ZEIT, 52 Ausgaben des SPIEGEL und 302 Ausgaben der Süddeutschen Zeitung. In der ZEIT entsprachen 200, im SPIEGEL 145 und in der Süddeutschen Zeitung 844 Artikel einem der oben aufgeführten Suchbegriffe bzw. Suchbegriffskombinationen. Die relativ größere Anzahl von Fundstellen in der Süddeutschen Zeitung ist daraufhin zurückzuführen, dass diese sechsmal pro Woche erscheint, DER SPIEGEL und DIE ZEIT dagegen nur einmal. Berechnet man die durchschnittliche Zahl der relevanten Artikel pro Ausgabe, so zeigt sich, dass die uns interessierenden Themen „soziale Devianz“ und „Sozialstaat“ in der ZEIT bei durchschnittlich 3,8 relevanten Artikeln pro Ausgabe am häufigsten diskutiert wurden. DER SPIEGEL und die Süddeutsche Zeitung folgen mit durchschnittlich 2,7 bzw. 2,8 relevanten Beiträgen.

Differenziert man zwischen den verschiedenen Einzelthemen der Untersuchung, so zeigen sich deutliche Unterschiede in der Präsenz der einzelnen Thematiken in den drei Medien. In der ZEIT spielt die Diskussion um den Sozialstaat, der in 68 % aller einschlägigen ZEIT-Beiträge zur Sprache kommt, eine deutlich größere Rolle als die Diskussion über die verschiedenen Arten „sozialer Devianz“. Beim SPIEGEL liegen die Themen „Sozialstaat“ sowie „Steuerhinterziehung“, über die in 41 % bzw. 39 % der Beiträge berichtet wird, an der Spitze, in der Süddeutschen Zeitung ist der Anteil der Beiträge über das Thema „Steuerhinterziehung“ am höchsten (45 %) gefolgt vom Thema „Sozialstaat“ (35 %).

Klar erkennbar ist, dass für alle drei Medien der Sozialstaat in seiner gegenwärtigen Bedeutung dominant ist, was insbesondere für die „Wochen-Zeitschriften“ gilt, während die Tageszeitung dem Delikt der Steuerhinterziehung Priorität einräumt. Die Tageszeitung ist offenbar stärker der Aktualität verpflichtet – ohne das Grundsätzliche zu vernachlässigen – während das wöchentliche Erscheinen eines Mediums zwar die Aktualität einbaut und aufgreift, aber doch eher den abgehobenen Überblick liefert. Die Zahl der Artikel, die sowohl von „sozialer Devianz“ als auch vom „Sozialstaat“ berichten, ist äußerst gering. In der ZEIT trifft dies für keinen einzigen Artikel zu, im SPIEGEL sind es sieben Artikel, in der Süddeutschen Zeitung 10. Abbildung 1 veranschaulicht graphisch die Zahl der Beiträge zu den einzelnen Themen in den drei untersuchten Medien.

Abb. 1: Anzahl der für die einzelnen Untersuchungsthemen relevanten Beiträge (Mehrfachnennungen)



Eine Prioritätenliste der Berichterstattung über Einzeldelikte im Sozialbereich verdeutlicht die Medienperzeption von Schwere und/oder Häufigkeit: Die Steuerhinterziehung rangiert vor Schwarzarbeit und dem „Blaumachen“ – und zwar bei allen Printmedien gleichermaßen. „Soziale Devianz“ bzw. „Sozialkriminalität“ ist eine Form von Kriminalität, über die in den Medien – verglichen mit anderen Arten von Kriminalität, insbesondere von Gewaltkriminalität – relativ selten berichtet wird. Um dies zu verdeutlichen, wurde als Vergleichskriterium für alle drei Medien die Anzahl der Artikel ermittelt, die von Mord, der schwersten Form von Gewaltkriminalität, berichten. Als Suchbegriff wurde dafür zunächst der Begriff „Mord“ verwendet. Für DIE ZEIT ergibt sich dabei eine Anzahl von 205 Artikeln, für den SPIEGEL 385 und für die Süddeutsche Zeitung 837. Verwendet man die Suchbegriffskombination „mord“ oder „ermord“, dann beläuft sich die Zahl der relevanten Artikel in der ZEIT sogar auf 529, im SPIEGEL auf 649 und in der Süddeutschen Zeitung auf 2939. Nochmals zur Erinnerung: In der ZEIT wurde über „soziale Devianz“ in 64 Beiträgen, im SPIEGEL in 93 und in der Süddeutschen Zeitung in 557 Beiträgen berichtet, also deutlich seltener, obwohl mit Sicherheit das reale Aufkommen größer ist.

Eine Ursache für die relativ seltene Berichterstattung über sozialdeviantes Verhalten ist – neben dem vergleichsweise geringen Nachrichtenwert – wohl sicher auch, dass sich ein großer Teil unentdeckt im Dunkelfeld abspielt und somit den Instanzen sozialer Kontrolle sowie der Presse gar nicht zur Kenntnis gelangt. In der Berichterstattung über „soziale Devianz“ sind darüber hinaus schwere Delikte, ebenso wie auch in der Berichterstattung über andere Formen der Kriminalität, über- und leichtere Straftaten unterre-

präsentiert (vgl. Lamnek 1990; 1987). Dies soll am Beispiel von Steuerhinterziehung verdeutlicht werden.

Über Steuerhinterziehung wird meist anlässlich eines konkreten Falles berichtet. Dabei scheint es von zwei Faktoren abzuhängen, ob eine Berichterstattung erfolgt oder nicht: zum einen von der Höhe des dadurch entstandenen Steuerschadens und zum anderen von der Prominenz der Person bzw. Organisation, die die Steuern hinterzogen hat. Beim Rezipienten entsteht durch die selektive und dramatisierende Berichterstattung der Eindruck, prominente Personen/Organisationen würden dem Staat besonders häufig Steuern und Abgaben unterschlagen. Delikte, die im einzelnen Fall geringeren „Schaden“ (im Sinne geringerer finanzieller Einbußen des Staates) verursachen und von der breiten Bevölkerung begangen werden (z. B. Sozialleistungsmissbrauch), sind weit seltener Gegenstand der Berichterstattung – auch wenn die dadurch entstandenen Schäden in der Summe keinesfalls unbedeutend sind.

6 Ressorts bzw. Rubriken der Beiträge

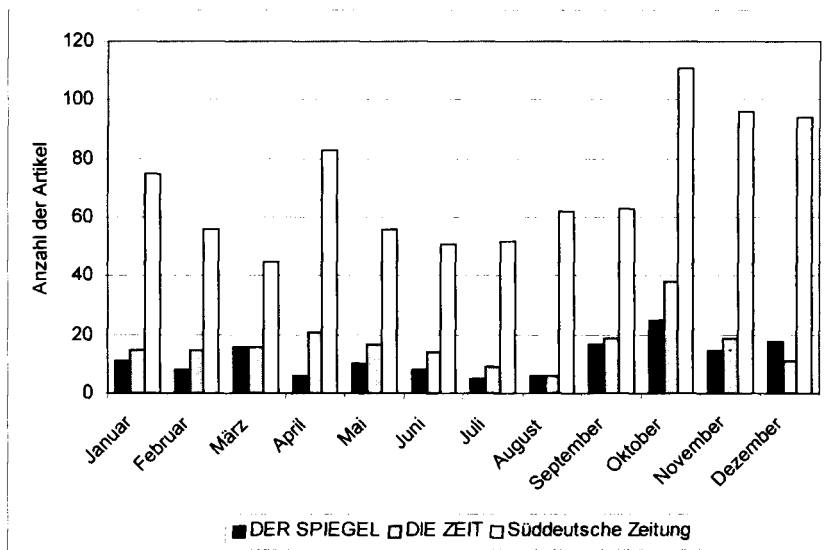
In allen drei Medien sind die einzelnen Artikel thematisch einzelnen Rubriken bzw. Ressorts untergeordnet. Unterschiede bestehen dabei in der Zuordnung der für unseren Gegenstand relevanten Beiträge zu den verschiedenen Rubriken. DIE ZEIT behandelt „soziale Devianz“ vor allem als wirtschaftliches Thema, während der Sozialstaat am häufigsten in der Rubrik „Politik“ zur Sprache kommt. Im SPIEGEL werden sowohl „soziale Devianz“, als auch der „Sozialstaat“ vorrangig als speziell Deutschland betreffende Themen gesehen und finden sich dementsprechend häufig in der Kategorie „Deutschland“. In der Süddeutschen Zeitung sind die meisten der relevanten Beiträge in den Rubriken „Wirtschaft“ und „Nachrichten“ erschienen. Während der Anteil der Beiträge zu den Themen Schwarzarbeit, „Blaumachen“ sowie Steuerhinterziehung in den beiden Rubriken ungefähr gleich groß ist (15 - 25 %), sind die Beiträge zum Thema Sozialleistungsmissbrauch fast ausschließlich der Kategorie „Nachrichten“ zugeordnet. Beiträge über den Sozialstaat werden ebenso meistens als Nachrichtenthema kategorisiert, erscheinen jedoch auch relativ häufig auf der Meinungsseite.

Nun kann man dem SPIEGEL natürlich keine nationalen Tendenzen unterstellen, aber die Themen unter „Deutschland“ abzuhandeln suggeriert bei Lesern schon den Eindruck, es handle sich um ein deutsches Phänomen oder Problem. Dass die ZEIT den Sozialstaat als politisches Thema abhandelt, blendet natürlich tendenziell den ökonomischen Aspekt aus, der eigentlich Anlass für die Sozialstaatsdebatte ist. Die Tageszeitung SZ kommt ihrer Berichtspflicht nach, indem sie die Phänomene eher als deskriptiv zu bringende Nachrichten betrachtet.

7 Inhaltliche Tendenzen und die jahreszeitlich konjunkturelle Berichterstattung

Im Folgenden soll zum einen ein grober Überblick über den Tenor der Berichterstattung über die Themen „soziale Devianz“ und „Sozialstaat“ gegeben werden. Zum anderen soll gezeigt werden, dass die Berichterstattung über diese Themen nicht über das ganze Jahr gleich intensiv erfolgt, sondern jahreszeitlich-konjunkturellen Schwankungen unterliegt. In allen drei Medien war der Oktober derjenige Monat, in dem die Zahl der hier relevanten Artikel am höchsten war. Überhaupt schienen die Themen „soziale Devianz“ und „Sozialstaat“ gegen Ende des Jahres – gemessen an der Zahl der relevanten Artikel – bedeutender zu werden. Die jahreszeitlich bedingten Schwankungen in der Häufigkeit der Berichterstattung über die Untersuchungsthemen lassen sich sehr deutlich in Abbildung 2 erkennen:

Abb. 2: Konjunkturelle Berichterstattung über die Untersuchungsthemen



Zwar kann aus dem in der Abbildung erkennbaren Verlauf nicht auf ein Agenda-Setting der Medien geschlossen werden – dies kann natürlich durch die tatsächlich gegebenen politisch-ökonomischen Bedingungen vorgegeben sein. Doch die Konjunktur über die Herbst- und Wintermonate Oktober bis Januar fällt ins Auge und dürfte nicht jahreszeitlich bedingt sein. Nach dem mehr oder weniger großen „Sommerloch“ beginnt die Intensivierung aller Arbeit. Der „Ausreißer“ April mag durch andere Ereignisse hervorgerufen sein. Interessant ist, dass der konjunkturelle Verlauf erneut über alle Medien ähnlich ist.

7.1 Das Thema „Schwarzarbeit“

Die Beiträge zum Thema „Schwarzarbeit“ waren sehr heterogen. So wurde beispielsweise in der Süddeutschen Zeitung über aufgedeckte Fälle illegaler Beschäftigung, über den Umfang und die Qualität von Schwarzarbeit oder über (geplante) Maßnahmen zur Bekämpfung von Schwarzarbeit berichtet. Eine Reihe von Beiträgen weist auch auf den Zusammenhang zwischen den 610,- DM - (jetzt 630,- DM) - Jobs und Schwarzarbeit hin und stellt heraus, dass eine Abschaffung dieser geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse eine Zunahme von Schwarzarbeit zur Folge hätte.

Auffallend ist darüber hinaus, dass viele Beiträge den Eindruck erwecken, als handle es sich bei Schwarzarbeitern meist um ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger. Bei den Berichten des SPIEGEL zum Thema „Schwarzarbeit“ geht es zumeist um die geplante Steuerreform. Häufig wird die Zunahme des Missbrauchs sozialer Leistungen durch Unternehmen beklagt und über Möglichkeiten von dessen Bekämpfung diskutiert.

Andere Beiträge berichten über die Jagd auf Schwarzarbeiter, über ergriffene Maßnahmen gegen Schwarzarbeit (bessere Zusammenarbeit von Behörden, Datenabgleich, die geplante Steuerreform, die dazu führen solle, dass sich Schwarzarbeit nicht mehr „lohnt“) oder über die Methoden, Schwarzarbeiter aufzuspüren (Bürgertelefone, die anonyme Hinweise ermöglichen, Verschärfung von Grenzkontrollen). Ein Beitrag mit dem Titel „Schwarz auf die Hand“ (DER SPIEGEL 34/97, S. 43) macht Schwarzarbeit explizit zum Thema. Berichtet wird über diverse Tricks der Betrüger. Diese werden in dem betreffenden Beitrag jedoch in Schutz genommen und es wird ihnen Verständnis entgegengebracht. Schwarzarbeit (sowie auch andere Formen des Sozialleistungsmissbrauchs) erscheinen damit als zwar nicht legale, aber dennoch legitime Mittel, die Haushaltskasse aufzubessern. *„Manche Sozialhilfeempfänger kopieren nur, was ihnen clevere Protagonisten der Leistungsgesellschaft vorleben. Raffkegehälter und überzogene Pensionen in der Politik, Steuerhinterziehung als Kavaliersdelikt, Großverdiener, die ihr Geld illegal ins Ausland schaffen – die Botschaft an die Kleinen scheint klar: Nur wer tüchtig abkassiert, kommt weiter. Der Hang, den Staat als Selbstbedienungsladen zu missbrauchen, hat sich längst in der gesellschaftlichen Pyramide bis ganz unten durchgesetzt“* (DER SPIEGEL 34/97, S. 45).

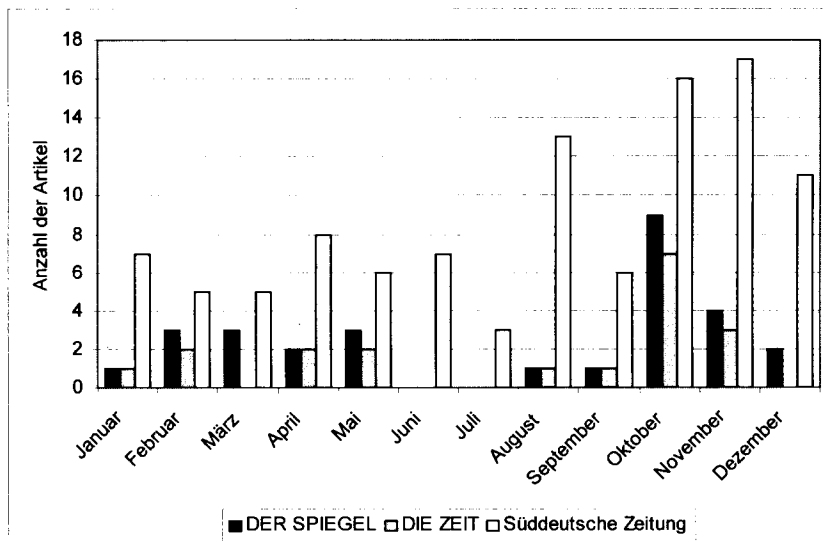
Teilweise wird eine bestimmte politische Orientierung des SPIEGEL deutlich, so zum Beispiel in einem Beitrag, in welchem der Regierung Kohl vorgeworfen wird, Schwarzarbeit, Steuerflucht und Steuerhinterziehung zu bagatellisieren. Die Beiträge der ZEIT, in denen das Thema „Schwarzarbeit“ angesprochen wird, berichten meist über die geplanten bzw. bereits praktizierten Maßnahmen zur Bekämpfung. Die ZEIT nimmt dabei eine deutlich kritische Haltung ein, die stellenweise vor allem durch Ironie zum Ausdruck kommt.

„Genial. Sozialhilfe. Da ist Unionspolitikern tatsächlich mal etwas Geniales eingefallen – und schon macht sich die halbe Nation über sie her. Was ist gegen Sozialdetektive einzuwenden, die landauf, landab den Sozialhilfeempfängern zu Leibe rücken? Steht nicht

längst hinter jedem, der sein Geld nach Luxemburg verschiebt, ein Steuerdetektiv? Schicken die Krankenkassen nicht ihre Kontrolleure regelmäßig an die Betten, um nachzumessen, ob der Patient wirklich Fieber hat? Gibt es noch einen Landwirt, den die Bauernspione nicht wegen Subventionsmissbrauchs im Auge haben? Und erst die täglichen Razzien am Bau, die Schwarzarbeit mittlerweile so gut wie unmöglich machen. Gibt es dank der Arbeitsdetektive aus Nürnberg, die zuhauf Jobs aufspüren, etwa noch Arbeitslose? Nein, die Idee der christsozialen Politiker, sich der Sozialhilfe detektivisch zu nähern, ist goldrichtig. Noch besser wäre, man machte die Empfänger der Sozialhilfe gleich zu Detektiven. Das erledigte das Problem von selbst.“ (DIE ZEIT 16/97).

Sowohl angesichts der bestehenden als auch der geplanten rechtlichen Regelungen und deren Konsequenzen wird den Personen, die schwarz arbeiten, in zahlreichen Beiträgen sehr viel Verständnis entgegengebracht. Einzelne Beiträge thematisieren auch das Phänomen der Schwarzarbeit im Ausland, beispielsweise in Polen, in der Türkei oder in Großbritannien und machen damit deutlich, dass es sich nicht um ein typisch deutsches Problem handelt. Schwarzarbeit wird in der ZEIT – anders als im SPIEGEL und in der Süddeutschen Zeitung – vor allem als politisches Thema diskutiert. Alle drei Medien berichten besonders häufig in den Monaten Oktober und November über Schwarzarbeit (vgl. Abbildung 3).

Abb. 3: Konjunkturelle Berichterstattung über Schwarzarbeit



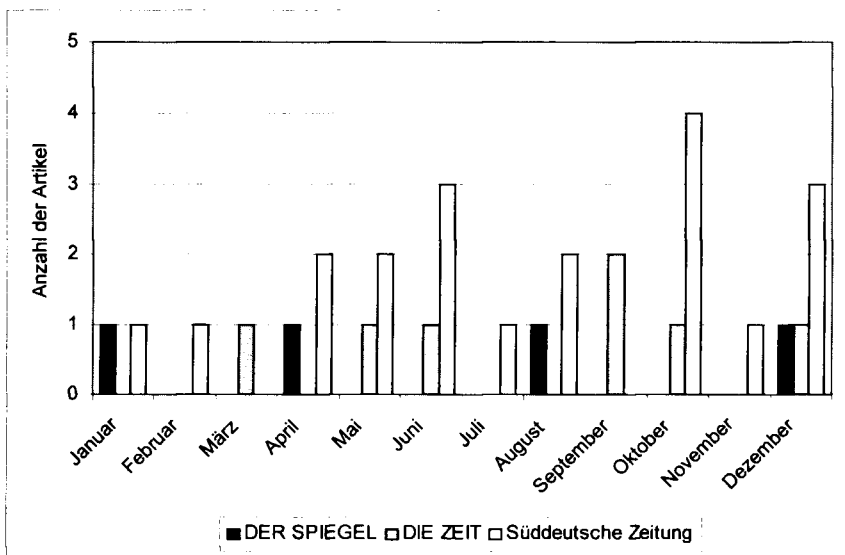
Anlass waren Äußerungen der CDU-/CSU-Fraktion (insbesondere vom damaligen Bundesarbeitsminister Norbert Blüm sowie vom Fraktionsvorsitzenden Wolfgang Schäuble), die 610,- DM - (jetzt 630,- DM) - Billigjobs abschaffen zu wollen. Dagegen sprachen

sich sowohl SPD-Politiker als auch Mitglieder der FDP-Fraktion sowie Vertreter der Wirtschaft aus – unter anderem mit dem Argument, dies würde zu einem Anstieg von Schwarzarbeit führen. Die Diskussion war in den drei Medien weitgehend ähnlich.

7.2 Das Thema „Blaumachen“

Die Berichterstattung über „Blaumachen“ bzw. „Krankfeiern“ wurde von der Diskussion über Lohnfortzahlung im Krankheitsfall und dem damit verbundenen Rückgang der Krankenstände in den Unternehmen bestimmt. Was das Ausmaß an vermeintlichen „Blaumachern“ betrifft, sind häufiger bagatellisierende als dramatisierende Stimmen zu hören, dennoch wird oft unsolidarisches Verhalten bzw. mangelnde Disziplin beklagt. Insgesamt wurde über „Blaumachen“ in allen drei Medien relativ selten berichtet, in der Süddeutschen Zeitung in insgesamt 20 Artikeln, in der ZEIT in sieben und im SPIEGEL sogar nur in vier. Beim SPIEGEL kommt hier wohl die politische Orientierung besonders zum Ausdruck – „Blaumachen“ ist für ihn kein Thema. In der Süddeutschen Zeitung sind im Oktober die meisten Beiträge zu diesem Thema erschienen (vgl. Abbildung 4). Besonders herausgestellt wird der Zusammenhang zwischen Zeiten wirtschaftlicher Krisen und dem Sinken der „Blaumacher“-Quoten.

Abb. 4: Konjunkturrelle Berichterstattung über „Blaumachen“



7.3 Das Thema „Sozialleistungsmissbrauch“

In der Süddeutschen Zeitung sticht in der Diskussion über den Missbrauch von Sozialleistungen vor allem der hohe Anteil der Beiträge heraus, die über die geplanten Bekämpfungsmaßnahmen berichten bzw. das Für und Wider dieser Gegenmaßnahmen diskutieren. Häufig werden die geplanten Maßnahmen der Parteien heftig kritisiert – meist mit dem Argument, dass die Zahl derer, die Sozialleistungen missbrauchen, nur gering sei. Sozialleistungsmissbrauch wird damit zwar bagatellisiert, dennoch wird aber gleichzeitig die Notwendigkeit einer Reform des Sozialleistungssystems angemahnt. Häufig wird in den Beiträgen der Süddeutschen Zeitung relativierend argumentiert, der Umfang des Missbrauchs für gering befunden und damit gleichzeitig auch bagatellisiert. Die von CSU und CDU angezettelte Missbrauchsdiskussion sei aufgesetzt, meinte Keese, „um so den Boden für Leistungskürzungen vorzubereiten“. Selbstverständlich sei jeder Missbrauch zu unterbinden, doch dürften dabei die Relationen nicht außer Betracht bleiben: „Nach Schätzungen der Bundesregierung beträgt die Summe, die durch Sozialleistungsbetrug verloren geht, etwa sechs Prozent der Summe, die durch Steuerhinterziehung und Subventionsbetrug verloren gehen“ (SZ 95/97, S. 40).

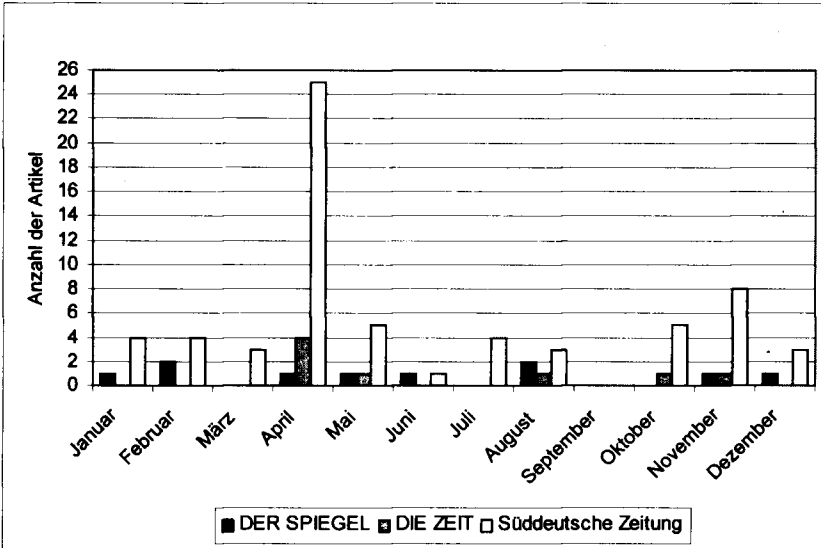
Einige Beiträge erwecken den Eindruck, es seien in erster Linie Nicht-Deutsche, die Sozialleistungen missbrauchen. In der ZEIT wie im SPIEGEL dominieren Berichte über geplante oder bereits ergriffene Maßnahmen, den Missbrauch von Sozialleistungen einzudämmen. Im SPIEGEL ist außerdem zu lesen, welche Tricks die Betrüger anwenden, um Sozialleistungen (unberechtigterweise) in Anspruch nehmen zu können.

Das Firmenmerkblatt „kann sowohl als Hilfestellung für betroffene Mitarbeiter wie auch als Aufforderung zum Leistungsmissbrauch interpretiert werden“ (...) Einem Arbeitnehmer, der vor der Kündigung steht, rät die Firma zuweilen, erst einmal ordentlich krankzufeiern. Das Geld von der Krankenkasse, das bis zu anderthalb Jahre lang gezahlt wird, ist in der Regel höher als das Arbeitslosengeld. So gestaltet sich das Abgleiten in die Arbeitslosigkeit oder den Vorruhestand etwas angenehmer. (...) So dürfen die Entlassenen dem Sachbearbeiter vom Arbeitsamt nicht verraten, dass ihr Arbeitgeber ihnen zum Frühjahr die Wiedereinstellung versprochen hat. Dann nämlich wäre die Kündigung witterungsbedingt, die Bauarbeiter würden zwölf Wochen lang kein Arbeitslosengeld erhalten“ (Spiegel 8/97, S. 88 ff.).

Betrachtet man die jahreszeitlich bedingten Schwankungen in der Berichterstattung über den Missbrauch von Sozialleistungen, so ist festzustellen, dass diese Thematik in der Süddeutschen Zeitung sowie in der ZEIT besonders häufig im April Gegenstand der Berichterstattung war. Anlass war dabei vor allem die von Bundesgesundheitsminister Seehofer geplante Sozialhilfe-reform, derzufolge die Leistungen der Sozialhilfe gekürzt werden sollten. Außerdem wurde der Einsatz von so genannten „Sozialdetektiven“ diskutiert. In der Süddeutschen Zeitung wurde im April der Begriff „Mißbrauchsermittler“ sogar zum „Haßwort der Woche“ ernannt (vgl. SZ 90/97). Im SPIEGEL war der August der Monat mit den meisten Beiträgen zum Thema „Sozialleistungsmissbrauch“. Dabei

ging es vor allem um die Maßnahmen, die ergriffen wurden, um diesen Missbrauch einzudämmen.

Abb. 5: Konjunkturelle Berichterstattung über Sozialleistungsmissbrauch



7.4 Das Thema „Steuerhinterziehung“

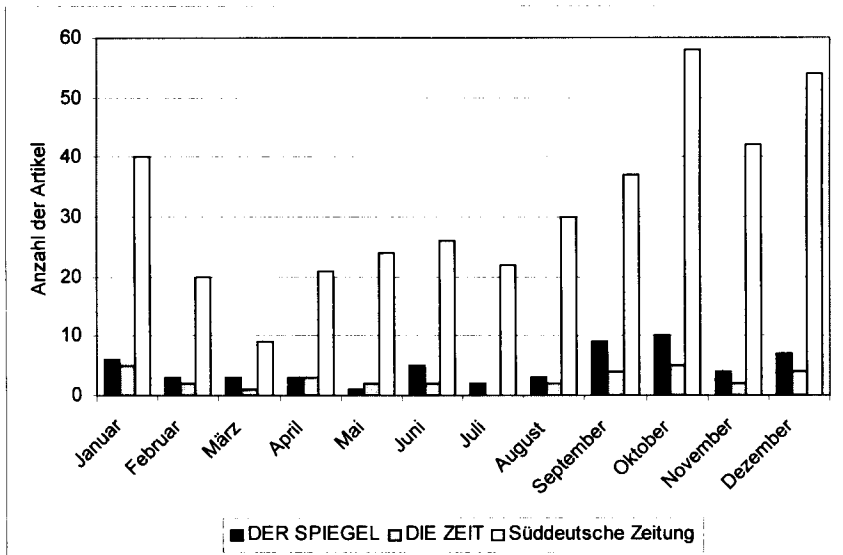
Die Beiträge des SPIEGEL und der Süddeutschen Zeitung zum Themenbereich „Steuerhinterziehung“ sind sich sehr ähnlich. Meist handelt es sich um Berichte über aufgedeckte oder in Verdacht stehende Steuerhinterziehungsfälle. Dabei ging es fast ausschließlich um prominente Personen oder Organisationen. Betroffen waren unter anderem Banken, ein Finanzamt, das hessische Finanzministerium, der Deutsche Eishockeybund, Boris Becker, Peter Graf, der Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie Hans-Olaf Henkel, Margarethe Schreinemakers, der Konzertveranstalter Marcel Avram, der „Bäderchef“ Johannes Zwick, der Medienunternehmer Leo Kirch, der Aufsichtsratschef der Dresdner Bank Wolfgang Röllner und andere. Über Steuerhinterziehung wurde ferner im Zusammenhang mit dem Umbau des ehemaligen Hotels Schneefernerhaus unterhalb des Zugspitzgipfels berichtet. In der Süddeutschen Zeitung war in mehreren Beiträgen auch über verschiedene Vorschläge zur Reform des Steuersystems zu lesen, daneben waren Beiträge zu finden, in denen die fehlende bzw. abnehmende Steuermoral der Bürgerinnen und Bürger beklagt wurde: Die Steuermoral in Deutschland sei auf einem Tiefpunkt angelangt: Nach einer vom nordrhein-westfälischen Bund der Steuerzahler unter-

stützten Umfrage ist jeder zweite Bürger prinzipiell bereit, Steuern zu hinterziehen. Manipulation bei der Steuererklärung gelte als Kavaliersdelikt (vgl. SZ 190/97, S. 2).

Auf der anderen Seite waren aber auch kritische Stimmen zu hören, wonach Steuerhinterziehung nicht konsequent verfolgt und bestraft werden würde. In der Süddeutschen Zeitung finden sich überdies auch Tipps, was zu tun wäre, wenn man selbst einmal Steuern hinterziehen sollte und dabei entdeckt wird. In der ZEIT werden legale Steuervermeidung und illegale Steuerhinterziehung häufig auf eine Ebene gestellt. Die Einkommen- und Lohnsteuer erfasst seit Jahrzehnten nur etwas mehr als die Hälfte des statistisch nachgewiesenen Volkseinkommens. Etwa ein Viertel wird hinterzogen, der Rest ist legal steuerbefreit. Die Größenordnung der illegalen und legalen Aufkommenseinbußen liegt damit jeweils zwischen 100 und 150 Milliarden Mark (vgl. DIE ZEIT 7/97).

Ein Teil der Beträge handelt auch in der ZEIT, wie schon in der Süddeutschen Zeitung sowie im SPIEGEL, von prominenten Personen, Unternehmen oder anderen Organisationen, die Steuern hinterzogen hatten. Auch hier tauchen die Namen Peter Graf, Leo Kirch, Wolfgang Röllner wieder auf, außerdem verschiedene Ärzte sowie verschiedene Personen im Bankgewerbe.

Abb. 6: Konjunkturrelle Berichterstattung über Steuerhinterziehung

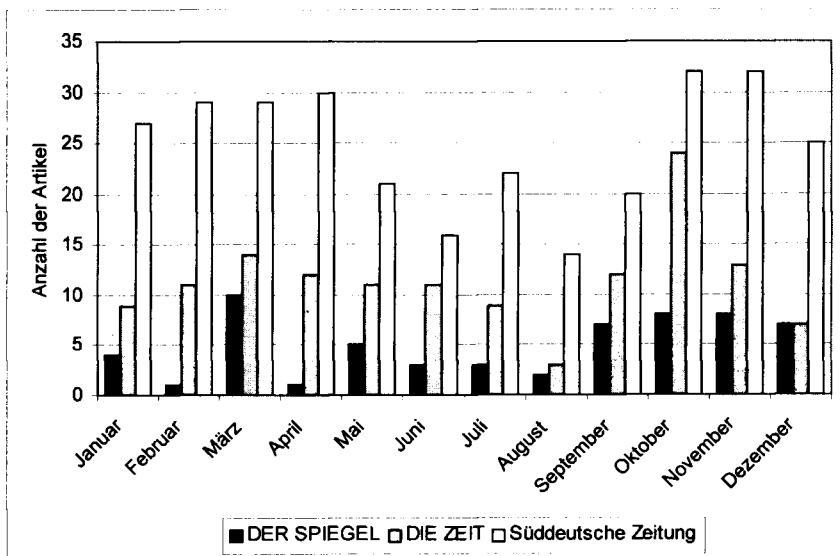


In allen drei Medien verliefen die jahreszeitlichen Schwankungen hinsichtlich der Anzahl der für das Thema „Steuerhinterziehung“ relevanten Artikel ähnlich. Die Diskussion über Steuerhinterziehung war jeweils im Januar sowie in den Monaten September bis Dezember (höchste Anzahl relevanter Beiträge im Oktober) am intensivsten.

7.5 Das Thema „Sozialstaat“

Eindeutig dominant war in den Berichten der drei Medien zum Thema „Sozialstaat“ die Diskussion um die gegenwärtige „Krise des Sozialstaates“ bzw. – damit zusammenhängend – den „Umbau des Sozialstaates“. Letztere Formulierung ist natürlich ein politisch gewollter Euphemismus, denn faktisch handelt es sich um einen Abbau. In den Beiträgen der Süddeutschen Zeitung zum „Umbau des Sozialstaates“ werden meist Reformabsichten beschrieben, gleichzeitig werden aber auch Zweifel an deren Gelingen formuliert bzw. der von der Politik so genannte „Umbau“ wird dann tatsächlich als „Abbau“ entlarvt. Beiträge, die explizit einen Zusammenhang zwischen der „Krise des Sozialstaates“ und dem Missbrauch sozialstaatlicher Leistungen herstellen, sind äußerst selten. Etwa ab September war die Diskussion über den „Sozialstaat“ zu weiten Teilen schon auf die bevorstehende Bundestagswahl 1998 gerichtet. Im SPIEGEL kam die Sozialstaatsproblematik insbesondere in Beiträgen, die über die Steuer-, Renten- oder Gesundheitsreform, über Globalisierung, Arbeitslosigkeit oder über Toni Blairs Wahlsieg in Großbritannien und mögliche Parallelen bei den Wahlen 1998 in Deutschland berichten, zur Sprache. In der ZEIT bestimmte die Debatte um die gegenwärtige „Krise des Sozialstaates“ bzw. um den „Umbau des Sozialstaates“ die Diskussion. Die Sozialstaatsthematik kam vor allem im Frühjahr sowie im Herbst besonders häufig zur Sprache, und zwar in allen drei Medien.

Abb. 7: Konjunkturelle Berichterstattung über den Sozialstaat



8 „Sozialstaat“ und „soziale Devianz“

Auffallend ist, dass der Sozialstaatsbegriff in den untersuchten Berichten kaum im Zusammenhang mit sozialdevianten Verhaltensweisen auftaucht. Bei einer Suche nach Artikeln, die sowohl den Sozialstaatsbegriff als auch eine Form „sozialer Devianz“ erwähnen, fällt das Ergebnis äußerst mager aus. In der Süddeutschen Zeitung waren dies insgesamt nur 10 Artikel, im SPIEGEL sieben und in der ZEIT kein einziger. Die tatsächlich aufweisbaren Zusammenhänge zwischen dem Missbrauch sozialstaatlicher Leistungen und der Leistungsfähigkeit des Sozialstaates werden den Rezipienten durch die Medien also nicht explizit bewusst gemacht, zum Teil sogar eher „verschleiert“. Ob diese „Verschleierung“ intentional geschieht oder den Berichterstattern gar nicht bewusst ist, muss offen bleiben.

Im SPIEGEL bezieht nur ein einziger von den sieben Artikeln, die sowohl sozialdeviante Verhaltensweisen als auch den „Sozialstaat“ erwähnen, diese beiden Themen explizit aufeinander. Dieser stellt klar heraus, dass die unberechtigte Inanspruchnahme von Sozialhilfe den Sozialstaat schädigt.

„Der Detektiv kommt ganz diskret. (...) der Mann mit dem japanischen Auto soll den deutschen Sozialstaat vor Schaden bewahren. Er klingelt – Herr Heinz öffnet die Tür. ‚Kraft, Sozialamt‘, sagt der Jeans-Mann und lächelt. (...) Bei ihm sei es nämlich so, erklärt er Herrn Heinz umständlich, dass er ihn fragen müsse, ob er nach der Trennung wieder mit seiner Frau zusammenlebe. Dann dürfe die nämlich keine Sozialhilfe mehr beziehen, weil er ja wieder eine feste Arbeit habe und damit ein Einkommen. Immerhin wären das ein paar hundert Mark im Monat plus Miete und Krankenkasse, die Frau Heinz ungerechtfertigt aus der Sozialkasse bekäme. ‚Wir haben da etwas gehört, und wenn es so ist, dann wäre das Betrug‘“ (DER SPIEGEL 16/97, S. 118).

In der Süddeutschen Zeitung konnten insgesamt 10 Beiträge gefunden werden, die beide Themenbereiche zugleich anschneiden. Davon stellen nur fünf einen Zusammenhang zwischen der Diskussion um den „Sozialstaat“ und „sozialer Devianz“ her, so zum Beispiel Folgender: Nun wird von den verschämten Armen sehr viel weniger gesprochen als von den unverschämten, von jenen, die den Sozialstaat ausnutzen, die absahnen auf Kosten der Allgemeinheit. Sozialhilfe-Missbrauch ist eines der wichtigsten Argumente der Politiker und Arbeitgeber, die den Sozialstaat nicht umbauen, sondern abbauen wollen (SZ 258/97, S. 4).

Insgesamt ist also eine doch eher zurückhaltende Behandlung des Zusammenhangs zwischen dem Missbrauch des Sozialstaats und dem Umbau des Sozialstaats zu konstatieren. Betrachtet man nämlich die hier (durch Schätzungen) ermittelten Zahlen, so könnte man fast behaupten, der Abbau des Sozialstaats wäre nicht erforderlich, würde der Missbrauch verhindert.

9 „Soziale Devianz“ = „Kriminalität“?

Der Missbrauch sozialstaatlicher Leistungen wird in den Berichten der Medien nur äußerst selten als „kriminelles“ Verhalten behandelt. Sucht man nach Beiträgen, die neben den für die fünf Einzelthemen eingesetzten Suchbegriffen auch den für Kriminalität bzw. kriminelles Verhalten verwendeten Suchbegriff „krimin*“ enthalten, ist die Ausbeute eher gering. Bei näherer Betrachtung ist dazu noch festzustellen, dass – sofern die Suche positiv ausfällt – die für die sozialdevianten Verhaltensweisen verwendeten und der für Kriminalität verwendete Suchbegriff häufig nicht in einen Zusammenhang gebracht werden. Bei den wenigen Artikeln, bei denen dies dennoch der Fall ist, geschieht dies mit unterschiedlicher Intention. Bemerkenswert sind dabei die Unterschiede, die sich zwischen den drei analysierten Medien feststellen lassen.

Im SPIEGEL wird „soziale Devianz“ nur in Einzelfällen mit „Kriminalität“ in Verbindung gebracht – am häufigsten noch beim Thema „Steuerhinterziehung“. Dies ist insoweit interessant, als das „Kavaliersdelikt“ Steuerhinterziehung hier in seiner legalistischen Bedeutung perzipiert und die augenzwinkernde Legitimität dieses Verhaltens nicht thematisiert wird. Kommen sowohl die den sozialdevianten Verhaltensweisen entsprechenden Suchbegriffe als auch der Suchbegriff „krimin*“ innerhalb eines Beitrags vor, werden diese entweder in einem gänzlich anderen Zusammenhang benutzt oder die sozialschädlichen Verhaltensweisen werden explizit von dem Etikett „kriminell“ abgegrenzt bzw. bagatellisiert. Nur ein SPIEGEL-Artikel spricht von „sozialer Kriminalität“: Ein Teil der sozialen Kriminalität ließe sich unterbinden, würden die Behörden besser zusammenarbeiten (vgl. DER SPIEGEL 34/97, S. 45).

Die ZEIT bringt den Missbrauch sozialstaatlicher Leistungen nicht in Zusammenhang mit dem Label „kriminell“. Die Suchbegriffe zu „sozialer Devianz“ und der Suchbegriff „krimin*“ werden – sofern sie gleichzeitig in einem Artikel erscheinen – in völlig verschiedenen Zusammenhängen gebraucht. Es lässt sich für die ZEIT nur eine einzige relevante Fundstelle anführen. Darin werden Steuerhinterzieher nicht als „Kriminelle“, sondern lediglich als „Sünder“ dargestellt, also insoweit doch ein tendenziell anderer Tenor als im SPIEGEL. Die Antworten fielen vermutlich etwas anders aus, wenn gefragt würde, ob das Bankgeheimnis auch Steuersünder und Kriminelle schützen soll (vgl. DIE ZEIT 26/97).

Die Süddeutsche Zeitung deklariert Handlungen wie Steuerhinterziehung oder die Beschäftigung von Schwarzarbeitern zwar als illegale, kriminelle Verhaltensweisen. Das Label „kriminell“ erscheint jedoch in erster Linie bei Fällen, bei denen es um Schäden in Millionenhöhe geht, wie zum Beispiel beim Baubetrugsfall Zugspitze, bei der Zwick-Affäre, der Optima-Affäre oder bei den diversen Steuerhinterziehungsfällen in Banken. Hier ist es also nicht das Delikt an sich, sondern die Größenordnung des angerichteten Schadens, die zur „Kriminalisierung“ der Verhaltensweise in der Süddeutschen Zeitung führt.

10 Resümee

Bei den hier vorgestellten Ergebnissen ist stets im Hinterkopf zu behalten, dass das in den Medien vermittelte Bild von „sozialer Devianz“ keine strukturtreue Abbildung der Wirklichkeit darstellen kann, da die Entscheidung, worüber, wie, wo, in welchem Umfang und mit welchem Tenor berichtet wird, vielfältigen Einflüssen unterliegt, die die mediale Auseinandersetzung mit den einzelnen Themen beeinflussen. Die Informationen, die bei den Rezipienten ankommen, sind daher immer vielfach gefiltert und damit notwendigerweise verzerrt. Beim Rezipienten selbst finden dann weitere Selektions- und Interpretationsprozesse statt, die die Aufnahme und Wirkung der Medieninformationen beeinflussen.

Was die Medien berichten, ist also nicht mit „Realität“ schlechthin zu verwechseln: Medien bilden Realität nicht ab, Medien sind selbst eine Realität und spielen eine wichtige Rolle bei der Konstitution von Wirklichkeit. Das „Wissen“ der Bevölkerung über „soziale Devianz“, über den Sozialstaat sowie auch die Haltungen und Einstellungen dazu dürften demzufolge stark von dem Bild beeinflusst sein, das die Medien über beide Themen vermitteln und das in dieser Untersuchung nachgezeichnet wurde – und zwar sowohl was die Art, den Umfang und den Tenor der Berichterstattung anbelangt als auch hinsichtlich der in den Medien implizit enthaltenen Beurteilungen und Bewertungen der verschiedenen Sachverhalte.

Was die Häufigkeit der medialen Auseinandersetzung mit dem Thema „sozialer Devianz“ anbelangt, kann festgehalten werden, dass Beiträge über sozialdeviantes Verhalten – verglichen mit Beiträgen über andere Formen kriminellen Verhaltens – in der Medienberichterstattung im Allgemeinen unterrepräsentiert sind. Das ist zum einen durch den relativ geringen Nachrichtenwert, zum anderen wohl aber auch dadurch bedingt, dass sich ein Großteil der „sozialen Devianz“ im Dunkelfeld abspielt und weder den Medienberichterstatern noch den Instanzen sozialer Kontrolle zur Kenntnis gelangt. Versucht man, die Berichterstattung über „soziale Devianz“ bezüglich ihres inhaltlichen Tenors zwischen „dramatisierend“ und „bagatellisierend“ einzuordnen, sind vor allem die beiden Extrempole dieses Kontinuums stark besetzt.

„Soziale Devianz“, also Verhaltensweisen, mit denen das soziale System zu Unrecht in Anspruch genommen bzw. ausgenutzt und missbraucht wird, um materielle Vorteile zu erlangen, wird in den Medien nur in wenigen Ausnahmefällen als „kriminelles“ Verhalten betrachtet. Auch der Befund, dass die Themen „soziale Devianz“ und „Sozialstaat“ nur in Einzelfällen miteinander in Zusammenhang gebracht und aufeinander bezogen werden ist, bemerkenswert. „Soziale Devianz“ wird also in den Medienberichten kaum, wie ursprünglich angenommen, im Kontext des Sozialstaates als gesellschaftlichem Hintergrund diskutiert, sondern eher isoliert betrachtet.

Literatur:

- Brosius, Hans-Bernd, 1997: Modelle und Ansätze der Medienwirkungsforschung. Überblick über ein dynamisches Forschungsfeld. Düsseldorfer medienwissenschaftliche Vorträge, hrsg. v. Hans Süßmuth. Bonn.
- Bruns, Werner, 1993: Sozialkriminalität in Deutschland. Frankfurt a. M.
- DER SPIEGEL, 1997: CD-Rom Ausgabe 1997. Hamburg.
- DIE ZEIT, 1997: CD-Rom Ausgabe 1997. Hamburg.
- Friedrichs, Jürgen; Lepsius, Rainer M.; Neidhardt, Friedhelm (Hrsg.), 1994: Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen. Sonderheft 34 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Opladen.
- Hunziker, Peter, 1988: Medien, Kommunikation und Gesellschaft. Einführung in die Soziologie der Massenkommunikation. Darmstadt.
- Lamnek, Siegfried, 1987: Kriminalität als Gegenstand wissenschaftlicher Medien. Zwei Fachzeitschriften im Vergleich. In: Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform, H. 4, S. 224-245.
- Lamnek, Siegfried, 1990: Kriminalitätsberichterstattung in den Massenmedien als Problem. In: Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform, H. 3, S. 163 -176.
- Meyn, Hermann, 1996: Massenmedien in der Bundesrepublik Deutschland, überarbeitete und aktualisierte Neuauflage. Berlin.
- Schenk, Michael; Rössler, Patrick, 1994: Das unterschätzte Publikum. Wie themenbewußtsein und politische Meinungsbildung im Alltag von Massenmedien und interpersonaler Kommunikation beeinflußt werden. In: Friedrichs, Jürgen; Lepsius, Rainer M.; Neidhardt, Friedhelm (Hrsg.): Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen. Sonderheft 34 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Opladen, S. 261-295.
- Süddeutsche Zeitung, 1997: CD-Rom Ausgabe 1997. München.
- <http://media.spiegel.de> (Verlags-Informationen zum Spiegel).

Prof. Dr. Siegfried Lamnek
Lehrstuhl für Soziologie II
Katholische Universität Eichstätt
85071 Eichstätt
Tel.: ++49.8421.93-1412
Fax: ++49.8421.93-1790
e-Mail: siegfried.lamnek@ku-eichstaett.de

Dipl.-Päd. Daniela Merz
Pedettstraße 6
85072 Eichstätt
e-Mail: daniela.merz@ku-eichstaett.de

Siegfried Lamnek, Prof. Dr., Lehrstuhl für Soziologie II an der Katholischen Universität Eichstätt. Forschungen u. a. zu Methoden der empirischen Sozialforschung, soziale Problemen und abweichendem Verhalten. Veröffentlichungen (u. a.): *Neue Theorien abweichenden Verhaltens*. München, 1994; *Theorien abweichenden Verhaltens*. 7. Aufl., München 1999; *Der Sozialstaat zwischen „Markt“ und „Hedonismus“?* (Hrsg. zus. mit J. Luedtke), Opladen 1999.

Daniela Merz, Dipl.-Päd, geb. 1973; wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Katholischen Universität Eichstätt im DFG-Projekt „Unterrichtsmerkmale, Unterrichtserwartungen und -bedingungen. Mehrebenenanalytische Untersuchungen zu schulischer Qualität bei Lehrern und Schülern“; Zweitstudiengang Diplom-Soziologie, derzeit Diplomarbeit über „Lebensstile im Alter“. Veröffentlichungen: *Berufseinmündung und beruflicher Verbleib der Eichstätter Absolventinnen und Absolventen des Diplomstudiengangs Pädagogik*. In: *Der Pädagogische Blick*, Heft 1/99, S. 206-222; *Berufseinmündung und beruflicher Verbleib der Eichstätter Diplom-Pädagoginnen und Diplom-Pädagogen*. Reihe Eichstätter Sozialpädagogische Arbeiten, Band 4, Eichstätt 1999.